

VERBAND BERNISCHER GEMEINDEN
BERNISCHE GEMEINDESCHREIBERINNEN UND GEMEINDESCHREIBER
VERBAND BERNISCHER FINANZVERWALTER

kulturstrategie@erz.be.ch

Erziehungsdirektion
des Kantons Bern
Herr B. Pulver
Regierungsrat
Sulgeneckstrasse 70
3005 Bern

Bern, 15. Mai 2008

Konsultation zur Kulturstrategie für den Kanton Bern

Sehr geehrter Herr Regierungsrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Für die Möglichkeit, zum obenstehenden Geschäft eine Stellungnahme einreichen zu können, danken wir Ihnen bestens. Aus der Sicht der kommunalen Verbände ergeben sich zum Konsultationsentwurf der Kulturstrategie (Januar 2008) die folgenden Bemerkungen:

Grundsätzliche Beurteilung

Heute ist es kaum möglich, die Verantwortlichkeiten im Kulturbereich zu erkennen. Die Steuerung und Finanzierung der grossen kulturellen Institutionen ist verflochten, intransparent und erfordert jeweils grosse administrative und politische Anstrengungen, um zu neuen Leistungsverträgen zu kommen. Grundsätzlich begrüssen die kommunalen Verbände die Absicht, die Aufgaben im Kulturbereich zu entflechten. Sie können sich ein Modell vorstellen, welches die Zuständigkeit für die kulturellen Institutionen mit nationaler und internationaler Ausstrahlung ausschliesslich dem Kanton zuweist. Bei der Mitfinanzierung der übrigen Institutionen bevorzugen die kommunalen Verbände eher die Finanzierungsvariante 2 (Globalbeitrag). Davon ausgehend, im Kanton Bern würden sich mittelfristig überall Regionalkonferenzen etablieren, soll sich die regionale Kulturpolitik auf diesen Plattformen ohne allzu starke Einwirkung des Kantons abspielen.

Modell „Kommunale Steuerung“

Die kommunalen Verbände haben sich im Rahmen der Vernehmlassung des FILAG 2012-Berichts generell über die Frage einer sinnvollen Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden unterhalten. In gewissen Politikbereichen, namentlich in der Bildung und in der Sozialhilfe, erscheinen Verbundsysteme grundsätzlich sinnvoll, soweit gewisse negative Anreize eliminiert werden können. Im Kulturbereich vertreten die kommunalen Verbände eher die Auffassung, diese Aufgaben seien im Interesse von Transparenz und klaren politischen Verantwortlichkeiten zu entflechten. In letzter Zeit wurden in einigen Aufgabenbereichen Aufgaben hin zum Kanton verschoben, namentlich in der Spitalversorgung und auch im Bereich der öffentlichen Sicherheit (Einheitspolizei). Für diese Verschiebungen hin zum Kanton, welche von den kommunalen Verbänden unterstützt wurden, sprachen zwingende Gründe. Im Kulturbereich hingegen lassen sich Gründe für „Kantonalisierungen“ kaum erkennen. Die „hohe“ kantonale Politik (Stimmberechtigten, Grosse Rat, Regierungsrat) befasst sich – zumindest gegen aussen wahrnehmbar – nur eingeschränkt mit Kulturpolitik. Anders als in anderen Politikbereichen ist es naheliegend, diesen Bereich ausschliesslich der kommunalen Steuerungs-Verantwortlichkeit zuzuweisen. Die Gemeinden werden mit den zur Zeit entstehenden Regionalkonferenzen über geeignete Entscheidungsplattformen verfügen, die in der Lage sind, innert nützlicher Frist und demokratisch legitimiert Entscheide fällen zu können. Der Konsultationsentwurf und das Begleitschreiben betonen denn auch, dass sich die Kulturstrategie stark an der Subsidiarität orientieren will, ohne diesem Umstand bei der Modelldiskussion entsprechend Rechnung zu tragen.

Die zur Diskussion stehenden Finanzierungsvarianten („Direkte Finanzierung und Steuerung“ / „Globalbeitrag“) sehen angesichts der anfallenden kantonalen Mehrkosten eine entsprechende Belastung der Gemeinden mittels Anrechnung in der Globalbilanz vor. Die kommunalen Verbände können ohne Weiteres nachvollziehen, dass der Kanton diese Mehrkosten den Gemeinden anlasten will, entspricht dies doch den Spielregeln, wonach die Neuordnung der Aufgabenteilung und der Finanzierungsverantwortung sowohl für den Kanton wie auch für die Gemeinden insgesamt keine Mehrbelastungen zur Folge haben soll. Mit der teilweisen „Kantonalisierung“ des Kulturbereichs wird den Gemeinden einerseits eine Aufgabe entzogen, andererseits auch die damit verbundenen finanziellen Mittel.

Um der Tendenz einer allseits schleichend erfolgenden „Zentralisierung“ entgegen zu wirken, ersuchen die kommunalen Verbände, dass auch ein Modell „Kommunale Steuerung“ einlässlich geprüft wird. Die kommunalen Verbände können sich ohne Weiteres ein Modell vorstellen, in welchem die Kultur – welche Ausstrahlung sie auch immer haben möge – ausschliesslich von den Gemeinden (künftig in der Form von Regionalkonferenzen) gewährleistet wird. Der Kanton müsste sich weiterhin finanziell in Form von „Globalbeiträge“ (im Sinne von Ziffer 5.4.3) an die einzelnen Regionen engagieren.

Im Rahmen der zu führenden Diskussion muss sicher auch die Rolle der Kernstädte, vorab der Stadt Bern, wie überhaupt der Standortgemeinden von kulturellen Institutionen einlässlich erörtert werden. Diese Diskussion kann allerdings nur im Rahmen der FILAG 2012-Arbeiten geführt werden. Sowohl horizontale wie auch vertikale Lastenverschiebungen müssen unter dem FILAG 2012-Dach zusammengeführt werden, damit eine politische Gesamtbeurteilung des Ausgleichs überhaupt möglich ist.

Musikschulen

Weiter wiederholen die kommunalen Verbände eine seit langer Zeit bekannte Position: Sie ersuchen darum, die Musikschulregulierung (was die Gemeinden anbelangt) im Sinne der heute geltenden Aufgabenteilungs- und Finanzierungsgrundsätze zu überdenken und neu zu ordnen. Die Verbände haben zur Kenntnis genommen, dass entsprechende Bestrebungen im Gange sind und bitten darum, in diesem Geschäft „am Ball“ zu bleiben.

Fazit:

Die kommunalen Verbände unterstützen die Entflechtung der Zuständigkeiten im Kulturbereich. Sie können sich eine Kantonalisierung der fraglichen Institutionen vorstellen. Als Finanzierungsvariante wird das Modell „Globalbeitrag“ bevorzugt. Um die Diskussion umfassend führen zu können, bitten die Verbände um vertiefte Prüfung eines Modells, wonach der Kulturbereich umfassend der kommunalen Steuerung zugewiesen wird (sowohl was die einmaligen wie auch die wiederkehrenden Beträge anbelangt). Eine gute Kulturpolitik kann auch kommunal (sprich regional) verantwortet werden! Die vertikalen und horizontalen Lastenverschiebungen wären im Rahmen des Projekts FILAG 2012 zu berücksichtigen. An der (globalen) Mitfinanzierung des Kantons wäre festzuhalten.

Wir bitten Sie höflich, den Bemerkungen der unterzeichnenden Verbänden Rechnung zu tragen. Wir danken Ihnen für Ihr Interesse.

Freundliche Grüsse

Lorenz Hess, Präsident Verband Bernischer Gemeinden

Monika Gerber, Präsidentin Bernische Gemeindeschreiberinnen und Gemeindeschreiber

Daniel Bichsel, Präsident Verband Bernischer Finanzverwalter